

Informationsblatt Nr. 8

DER LINDENER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMANLAGEN

Fr. 22.7.77 HAZ

Demonstranten stoppten

Lastzug vor Atomgelände

Grohnde (Ini)

Zu Zusammenstößen zwischen Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes neben dem Bauplatz des Kernkraftwerkes Grohnde bei Hameln an der Weser und der Polizei kam es am Donnerstagmorgen, als etwa 80 Bewohner des Dorfes einen mit Kranteilen beladenen Lastzug auf der Fahrt zum Baugelände stoppten. Nach Angaben eines Sprechers des Informationsbüros der Bürgerinitiative Hameln gingen die Polizeibeamten mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor.

Wie die Polizei in Hameln dazu mitteilte, hatten die Demonstranten dem Lastzug den Weg zum Baugelände mit fünf Personenautos versperrt. Sie hätten damit den Straßenverkehr gefährdet und die Polizei zum Eingreifen gezwungen. Die Fahrer des Lastzuges seien beschimpft und geschlagen worden. Außerdem hätten die Demonstranten den Lastzug teilweise entladen und damit sowohl die Fahrzeuge als auch die Ladung erheblich beschädigt.

Widerstand ist möglich!

Haben Sie diesen Artikel gestern in der HAZ gelesen?

Was war passiert?

Auf dem Baugelände des Atomkraftwerkes Grohnde wird z. Zt. ein Kran errichtet, der wichtige technische Geräte in den Reaktor heben soll. Am Donnerstag früh, kurz nach drei Uhr, kam ein Schwertransporter mit Teilen für diesen Kran an. Er wurde von Bewohnern des Anti-Atom-Dorfes aufgehalten und binnen einer Stunde abgeladen.

Dabei wurden die Fahrer des LKW weder beschimpft noch geschlagen, wie die HAZ hetzender-

weise behauptet; denn der Widerstand der AKW-Gegner richtet sich weder gegen Arbeiter noch gegen die Transportfahrer, sondern gegen den Bau der mörderischen Atomanlagen.

Nach dem Abladen folgte ein Polizeieinsatz mit dem Schlagstock. Der Versuch der Polizei, in das Anti-Atomdorf einzudringen und Verhaftungen vorzunehmen, konnte von den AKW-Gegnern durch Kettenbildern verhindert werden.

Warum wehren sich die Bewohner des Anti-Atomdorfes auf diese Weise gegen den Bau des AKWs?

Trotz des Baustopp-Urteils (ausgesprochen vom Verwaltungsgericht Anfang Juni) läßt die Preußen-Elektra auf der Baustelle des AKWs mit Hochdruck weiterarbeiten, da der Baustopp erst in ca. zwei Monaten wirksam werden soll. Hat die PREAG ganz "legal" die Möglichkeit, das Gericht in der Berufungsverhandlung vor vollendete Tatsachen zu stellen, dadurch, daß sie weitere Millionen in den Bau investiert. Die Bewohner der Anti-Atom-Dorfes wissen, wie viele andere, daß durch Gerichtsbeschlüsse Atomkraftwerke nicht verhindert werden können. Deshalb leisten sie praktischen Widerstand gegen den Bau des AKWs.

Auch Sie können den Widerstand gegen AKWs unterstützen, durch Besuche im Anti-Atom-Dorf, durch Information bei der BI-Linden gegen Atomanlagen: Fr. 19.00 Uhr im Freizeitheim Linden.

V.i. S. d. P.: Anke Reibordt, Limmerstr. 88 a, 3 Hannover 91